

Gesetzesinitiative zum Erhalt der IC-Anbindung

Bahnpläne für Bad Oeynhausen: SPD-Landtagsabgeordneter Christian Dahm unterstützt Vorhaben

Bad Oeynhausen (WB). In der Diskussion um die Anbindung Bad Oeynhausens an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn (DB) unterstützt SPD-Landtagsabgeordneter Christian Dahm die Forderung für eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion bezieht sich in einer Mitteilung auf Resolutionen der Stadt Bad Oeynhausen und des Kreistages Minden-Lübbecke. Beide Gremien hätten dafür gestimmt, dass die Planungen der DB zur Einführung einer Sprinterlinie überarbeitet

werden müssten, damit die IC-Halte in Bad Oeynhausen und Minden für den Fernverkehr beibehalten werden können.

Gleichzeitig seien die heimischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten gebeten worden, sich für eine entsprechende Gesetzesinitiative einzusetzen. »Diese Forderung wird von mir uneingeschränkt unterstützt«, teilt Christian Dahm mit. Jedoch müssten Bad Oeynhausen, Bünde und Minden aufpassen, »nicht auf das Abstellgleis zu kommen«. Ähnlich lautende Beschlüsse gebe es auch aus dem Kreis Herford.



Christian Dahm

Mit der Umsetzung der geplanten ICE-Sprinterlinie 19 »Köln-Berlin« würden ab dem Jahr 2024

die IC-Halte in Bad Oeynhausen, Minden und Bünde höchstwahrscheinlich gestrichen. »Es gilt jetzt, allen Hochgeschwindigkeitsfantasien mit erheblich nachteiligen Folgen für die Pendler im Fern- und Regionalverkehr hier vor Ort vernünftig zu begegnen«, sagt Christian Dahm. Die Gewährleistung einer ausreichenden Bedienung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Schienenpersonenfernverkehr sei eine Aufgabe des Bundes.

Vor diesem Hintergrund habe der Bundesrat auf Initiative der Länder Rheinland-Pfalz, Branden-

burg, Bremen, Saarland und Thüringen beschlossen, einen Gesetzesentwurf im Bundestag einzubringen, der die Schienenpersonenfernverkehrsplanungen nicht allein in den Händen der Bahn belässt, sondern dem Bundestag einen Gestaltungsauftrag gibt. Dieser Gesetzesentwurf müsse auch vom Land NRW unterstützt werden und von der Großen Koalition in dieser Bundeslegislaturperiode gesetzlich verankert werden, mit Aufnahme der Mittelzentren Bad Oeynhausen, Minden und Bünde als »beispielhafte Prüfsteine«.